

Stand der Endlagersuche in Tschechien

Die Suche nach einem Endlager für abgebrannte Brennstäbe erfolgt nach dem Konzept der Behandlung der radioaktiven Abfälle und des abgebrannten Kernbrennstoffs, das von der Regierung am 15. Mai 2002 beschlossen worden ist (Beschluss Nr. 487/2002). Die Stellungnahme des Umweltministeriums als Ergebnis der Umweltverträglichkeitsprüfung war dabei negativ.

Gemäß dem Atomgesetz ist für die Behandlung der radioaktiven Abfälle die sgn. Verwaltung der Endlager für radioaktive Abfälle (SURA) zuständig.

Zeitplan der Endlagersuche nach dem oben genannten Konzept:

- 2015: zwei ausgewählte Standorte sind in die Raumpläne der vorgesehenen Gemeinden einzutragen
- 2025: Nachweis der Machbarkeit am endgültigen Standort
- 2030: Ausbau des unterirdischen Labors am festgelegten Standort
- 2050: Baubeginn des Endlagers
- 2065: Inbetriebnahme des Endlagers

Trotz der massiven Bedenken an der Einhaltung des ersten Meilensteins auch seitens des ehemaligen Direktors der SURA (er war kurz nach der Äußerung abberufen worden), hält das zuständige Industrieministerium, vom KKW-Betreiber CEZ unterstützt, an dem Zeitplan fest. Unter anderem auch mit der Begründung, dass offene Fragen der Entsorgung als Argumente gegen die Atomkraft nachweislich widerlegt werden müssen, weil der Standort für das Endlager schon ausgewählt worden ist und somit die abgebrannten Brennstäbe entsorgt werden können.

Die erste, ursprüngliche Auswahl der potentiell geeigneten Standorte für das Endlager am Anfang der 90er Jahre hat insgesamt 28 Standorte beinhaltet. In der zweiten Phase sind anhand der Archivdaten 11 Standorte ausgewählt worden. Kriterien waren die Eignung für den Ausbau eines Endlagers und der Ausschluss der Konflikte, die den Ausbau des Endlagers verhindern könnten (u.a. auch Komplikationen in den internationalen Beziehungen). In der nachfolgenden Phase der Suche sind diese 11 Standorte noch mit weiteren Kriterien überprüft worden, und zwar die Landschaftskriterien (Wälder, landwirtschaftliche Flächen, bebaute Flächen) sowie die Bedingungen für den Ausbau und Betrieb des Endlagers (Verkehrswege, Energieversorgung, Wirtschaftlichkeit). So ist folgende Liste der 6 Standorte entstanden (die genaue Bezeichnung ändert sich ziemlich oft):

- Umgebung von Lohéřov (Bezirk Jindřichův Hradec)
- Umgebung von Božejov (Bezirk Tábor)
- Umgebung von Budišov (Bezirk Třebíč)
- Umgebung von Pačejov (Bezirk Klatovy)
- Umgebung von Lubenec (Bezirk Louny)
- Umgebung von Rohozná (Bezirk Jihlava)

Die anderen Standorte werden als Reserve für den Fall verstanden, dass die tiefgreifende Untersuchung der oben genannten 6 Standorte zeigt, dass sie nicht geeignet sind:

- Borohrádek (Kreis Pardubice),
- Teplá (Kreis Karlovy Vary),
- Zbytiny (Südböhmen),
- Opatovice-Silvanka (Mittelböhmen)
- Lodín-Nový Bydžov (Kreis Hradec Králové)

Die Verwaltung SURAO hat mit der Veröffentlichung der Auswahl in den betroffenen Standorten einen so großen Widerstand erweckt, dass die Regierung im Jahre 2004 mit einem Moratorium an den Untersuchungsarbeiten von 5 Jahren einverstanden war.

In einigen betroffenen Gemeinden sind Volksabstimmungen organisiert worden, nach deren Ergebnissen die Gemeinderäte verpflichtet sind, alle jene Schritte durchzuführen, um den Ausbau des Endlagers im jeweiligen Gemeindegebiet zu verhindern.

Tab: Ergebnisse der Volksabstimmungen in einigen betroffenen Gemeinden

Gemeinde	Standort	Datum	Anzahl der Wähler	Teilnahme	Zustimmung mit Endlager	Ablehnung	Ungültig
Oslavička	Budišov	13. 9. 2003	80	80,0 %	1,5 %	98,5 %	0 %
Nadějkov	Božejovice-Vlksice	15. 11. 2003	584	67,5 %	2,8 %	95,7 %	1,5 %
Přeštěnice	Božejovice-Vlksice	15. 11. 2003	221	76,4 %	0,6 %	99,4 %	0 %
Božetice	Božejovice-Vlksice	15. 11. 2003	300	73 %	2,8 %	97,2 %	0 %
Hodov	Budišov	6. 1. 2004	230	72,5 %	4,0 %	96,0 %	0 %
Rudíkov	Budišov	24. 1. 2004	517	71,9 %	4,0 %	95,7 %	0,3 %
Budišov	Budišov	31. 1. 2004	903	59,1 %	12,1 %	81,8 %	6,1 %
Nárameč	Budišov	31. 1. 2004	297	71,7 %	5,2 %	93,4%	1,4 %
Lodhěřov	Lodhěřov	31. 1. 2004	470	84 %	0,6 %	99,4 %	0 %
Deštná	Lodhěřov	31. 1. 2004	525	63,4 %	1,8 %	93,1 %	5,1 %
Zhoř	Božejovice-Vlksice	7. 2. 2004	217	69,1 %	0 %	99,3 %	0,7 %
Jistebnice	Božejovice-Vlksice	17. 4. 2004	1 606	51,25 %	1,8 %	97,3 %	0,7 %
Pačejov	Pačejov	24. 4. 2004	630	80,8 %	1,75 %	95,5 %	2,75 %
Maňovice	Pačejov	24. 4. 2004	38	89,5 %	0 %	97,1 %	2,9 %
Olšany	Pačejov	24. 4. 2004		95,1 %	0 %	99,4 %	0,6 %
Rohy	Budišov	12. 6. 2004	112	65,2 %	9,6 %	89 %	1,4 %
Hojkov	Rohozná	28. 4. 2007	131	92,4 %	0%	98,3 %	5,9%
Nový Rychnov	Rohozná	29. 9. 2007	809	47,2 % - ungültig	5,2 %	94,8 %	0 %

Weil es nicht gelungen ist, die negative Einstellung der Gemeinden zu ändern, ist die Regierung im März 2008 zum Schluss gekommen, dass die Standorte in jenen Gebieten zu suchen sind, wo nicht die Gemeinden, sondern der Staat über die Grundstücke verfügt. Diese befinden sich in Truppenübungsplätzen. So sind in die Liste der „geeigneten“ Standorte wieder jene gekommen, die schon früher als

ungeeignet ausgeschlossen worden waren. Anders gesagt – **das Kriterium Sicherheit ist nicht mehr so wichtig, wie die Durchsetzbarkeit des Projektes.**

Die aktuelle Liste der potentiellen Standorte sieht so wie folgt aus:

- Umgebung von Lohéřov (Bezirk Jindřichův Hradec)
- Umgebung von Božejov (Bezirk Tábor)
- Umgebung von Budišov (Bezirk Třebíč)
- Umgebung von Pačejov (Bezirk Klatovy)
- Umgebung von Lubenec (Bezirk Louny)
- Umgebung von Rohozná (Bezirk Jihlava)
- Truppenübungsplatz Boletice (Südböhmen) – zu der oberösterreichischen Grenze nächstgelegener, als Zbytiny bezeichnet
- Truppenübungsplatz Hradiště (Kreis Karlovy Vary)
- Standort Kraví hora (Bezirk Brno venkov)

Der letztgenannte Standort ist aus unbekanntem Gründen in die Liste eingegliedert worden. Es ist aber nicht schwierig, doch die Gründe zu finden: der Standort befindet sich im Gebiet der bisher betriebenen Uranminen, wo die Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Atomkraft sehr positiv ist. Der Standort war auch früher (1998) für die Errichtung eines zentralen Zwischenlagers für abgebrannte Brennstäbe vorgesehen und es gibt auch eine gültige Standortgenehmigung dafür (momentan läuft das Verfahren zur Verlängerung der Gültigkeit).

Um die Untersuchungsarbeiten (geologische Bohrungen) direkt an Ort und Stelle durchführen zu können, benötigt die SURAO die "Genehmigung für die Festlegung des Untersuchungsgebietes". Diese Genehmigung erteilt das Umweltministerium. Nach der Novelle des Atomgesetzes erhalten die Gemeinden, in deren Gebiet die Untersuchungsarbeiten für das Endlager durchgeführt werden sollen, bereits für die Zustimmung eine finanzielle Abgeltung. Sofern die Untersuchungen konkret durchgeführt werden, erhalten sie einen Zuschuss von max. 4 Mio. CZK (166.000 EUR) jährlich. Die SURAO erwartet, dass dadurch der Widerstand gemildert oder gar aufgegeben wird.

Die neueste Entwicklung

Die zuständige Behörde SURAO hat ein neues Konzept für die Behandlung der radioaktiven Abfälle zusammengestellt und hat vor, es der Regierung vorzulegen. In diesem Entwurf wird der Termin für die Festlegung der zwei besten Standorte (Haupt- und Reservestandort) für den Endlageraufbau **von 2015 auf 2018** verschoben. Die nachfolgenden Termine sollen so wie bisher bleiben, d.h. der Hauptstandort sollte bis 2025 ausgewählt werden.

SURAO plant weiter, die Genehmigung für geologische Untersuchungen an Ort und Stelle an mindestens 4 Standorten zu erhalten. Der erste Antrag für die Genehmigung sollte Ende 2011 erfolgen, der zweite Ende 2012, die anderen in den Jahren 2013 und 2014. Die Untersuchung am ersten Standort sollte im Jahre 2015 beendet werden, wobei die Untersuchungen auf mindestens einem anderen Standort fortgesetzt werden sollen.

Die Untersuchung an Ort und Stelle wird mindestens 2 Jahre dauern, weitere 1 - 2 Jahre sind für die Analyse der Ergebnisse notwendig.

Im Budget von SURAO für das Jahr 2012 ist eine Summe von fast 18 Mio. CZK für jene Gemeinden bereitgestellt worden, die von den geologischen Untersuchungsarbeiten betroffen sein werden. Jene Gemeinden, die mit den Untersuchungsarbeiten in ihren Katastralgebieten einverstanden sind und wo die Arbeiten tatsächlich gestartet worden sind, bekommen jährlich 600.000 CZK + 0,3 CZK/m² des Untersuchungsgebietes, jedoch maximal 4 Mio. CZK (Umrechnungskurs 1 EUR = 25 CZK).

Die letzte Entwicklung am Standort Boletice

Der ursprüngliche Plan war, die Mülltransporte über den Bahnhof Polecnice (Bahn Ceske Budejovice - Cerny Kriz) zu verwirklichen. Also vom Bahnhof Polecnice im südlichen Teil durch einen Tunnel bis ins Endlager im nördlichen Teil. Es ist aber entdeckt worden, dass der Tunnel eine Bruchlinie überqueren müsste, sodass der Bau des Zugangstunnels zu schwierig wäre. Deswegen ist eine andere Variante entstanden, nämlich der Zugang ins Endlager direkt von Norden, von der Bahn Cicenice - Volary. Ein konkreter Anschlusspunkt ist noch nicht bestimmt worden, da die Machbarkeitsstudie erst im Oktober 2012 vorgelegt werden sollte. **Erst bis Ende 2012 soll entschieden werden, ob der Standort Boletice in die engere Auswahl kommt.** Wenn dies der Fall ist, dann müssen geologische Untersuchungen an Ort und Stelle durchgeführt werden. Da das Untersuchungsgebiet auch in das Katastralgebiet von einigen Gemeinden in der Nachbarschaft des Truppenübungsplatzes eingreift, haben dann diese Gemeinden Mitspracherecht, und zwar im Genehmigungsverfahren zur Festlegung dieses Untersuchungsgebietes. Momentan ist die Einstellung der Bevölkerung sowie der betreffenden Gemeinden streng ablehnend.

Standort Lubenec

Am 29. Juni 2012 wurde die Volksabstimmung zur Frage der Untersuchungsarbeiten in Lubenec durchgeführt. An der Volksabstimmung haben 647 Wähler und Wählerinnen (53,4% der Wahlberechtigten) teilgenommen, die Volksabstimmung ist also gültig., Die Fragestellung war: ob die Gemeinde alle gesetzlichen Maßnahmen ergreifen soll, um die geologische Untersuchung bezüglich der Errichtung des Endlagers für abgebrannte Brennstäbe und für den hochradioaktiven Abfall auf dem Katastralgebiet von Lubenec, zu verhindern - 517 Stimmen (80%) sind dafür, 111 Stimmen sind dagegen.

Diese Volksabstimmung ist um so wichtiger, da die Gemeinderäte eine bedingte Zustimmung zu den Untersuchungsarbeiten schon beschlossen haben (die Bedingung ist, dass auch die Gemeinden an anderen Standorten mit den Untersuchungsarbeiten einverstanden sind). Danach ist eine riesengroße Welle der Unzufriedenheit in der Bevölkerung entstanden, die in der Absicht gemündet hat, durch eine Volksabstimmung die wahre Meinung der Bevölkerung festzustellen. Trotz der massiven Kampagne von SURAO sowie von der Gemeinde, hat sich die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Untersuchung als erste Phase der Errichtung des Endlagers ausgesprochen.

12.7.2012

Dipl.Ing. Dalibor Strasky